

*Martina Powell und Idris Idrizi*

## **Tagungsbericht: „Homogenizing Southeastern Europe. Balkan Wars, Ethnic Cleansing and Postwar Ethnic Engineering since 1912“, Wien, 08.-10.11.2012**

Vor 100 Jahren leitete der erste Balkankrieg einen Paradigmenwechsel in Südosteuropa ein: das Ende der Herrschaft des Osmanischen Reiches und den Beginn nationalstaatlicher Ordnungen in dieser Region. Um das Ideal ethnisch homogener Bevölkerungen durchzusetzen, wurden im Laufe des 20. Jahrhunderts mehrfach Kriege geführt – in den Dekaden zwischen 1912 und 1923, im Rahmen des Zweiten Weltkrieges, aber auch darüber hinaus zwischen 1940 und 1950 sowie, obgleich in einem anderen Kontext in den 1990er Jahren – und Umsiedlungsabkommen geschlossen wie etwa 1923 in Lausanne. Bereits die Balkankriege prägten mit ihrer ethnopolitischen Dimension nicht nur die Region. Sie verdeutlichen auch die Verwobenheit Südosteuropas mit den nördlich und westlich gelegenen Nachbarn, denn ethnonationale Gewalt fand auch vor dem Hintergrund statt, Nationalstaaten im westeuropäischen Sinne zu errichten.

Anlässlich des 100. Jahrestages des Ausbruchs des Ersten Balkankrieges organisierten das Institut für Osteuropäische Geschichte der Universität Wien und das Stanley Burton Centre for Holocaust and Genocide Studies der University of Leicester eine internationale Konferenz, die von der Robert Bosch Stiftung gefördert wurde. Die Organisator\_innen Philipp THER (Wien), Alexander KORB (Leicester) und Sarah LEMMEN (Wien) hatten sich zum Ziel gesetzt, die Strategien und Praktiken ethnischer Homogenisierung in Südosteuropa im 20. Jahrhundert in transnationaler und verflechtungsgeschichtlicher Perspektive zu diskutieren. Der Fokus lag dabei nicht nur auf den Verbindungslinien zwischen Krieg und „ethnischer Säuberung“, sondern auch auf Strategien ethnischer Homogenisierung, die in Nachkriegszeiten implementiert worden waren.

Das erste Panel widmete sich der Makrohistorie ethnischer Säuberungen und der Homogenisierungsbestrebungen. Es wurde mit einem Vortrag von Tamara SCHEER (Wien) eröffnet, dessen Ausgangspunkt die radikale Veränderung der österreichischen Wahrnehmung der „eigenen“ Südslawen in Österreich-Ungarn nach dem Ersten Balkankrieg von „Verbündeten“ zum „inneren Feind“ war. Scheer stellte eine Verbindung zwischen dieser Entwicklung und den diskriminierenden Maßnahmen gegen die Habsburger Südslawen – vor allem Serb\_innen – während des Ersten Weltkrieges her.

John Paul NEWMAN (Maynooth) vertrat die These eines Zusammenhanges zwischen den ethnischen Homogenisierungsprozessen im ersten Jugoslawien und dem misslungenen Prozess der militärischen und kulturellen Demobilisierung der ehemaligen serbischen sowie südslawischen Habsburger Offiziere. Den Besonderheiten der südosteuropäischen Kriegszone während und nach dem Zweiten Weltkrieg (1941-1948) widmete sich Alexander KORB (Leicester/Jena). Er argumentierte, dass der Krieg in Südosteuropa keinesfalls ein konventioneller gewesen sei, lokale nationalistische Gruppierungen eine sehr aktive Rolle in ethnischen Säuberungen und Homogenisierungsbestrebungen gespielt hätten, sowie dass

die Grenzen zwischen Gewalt und Gegengewalt, ethnischer Säuberung und Bürgerkrieg sehr schwer auszumachen seien.

In einem sehr informativen, an theoretischen Modellen, eigenen Hypothesen und empirischen Daten reichen Vortrag ging Tomislav DULIĆ (Uppsala) auf die Frage ein, wie die räumliche Verteilung der Zivilopfer während des Konflikts in Bosnien-Herzegowina in den 1990er Jahren erklärt werden kann. Dulić vertrat die Auffassung, dass ethnische Heterogenität – entgegen weit verbreiteten theoretischen Modellen – nicht unbedingt zu einem hohen Gewaltpotential führt. Vielmehr sei die strategische Bedeutung des Gebietes ausschlaggebend für das Ausmaß an Gewalt.

Das zweite Panel war drei Fallstudien gewidmet, in denen Strategien der nationalen Homogenisierung in Kriegs- und Friedenszeiten diskutiert wurden. Hakem RUSTOMS (Ann Arbor) Fokus lag auf dem anatolischen Raum in den frühen 1920er Jahren. Er argumentierte, dass der Genozid an den Armenier\_innen vor dem Hintergrund der Balkankriege und dem Ausschluss der „armenischen Frage“ aus dem Vertrag von Lausanne gesehen werden muss. Knapp zwanzig Jahre nach dem Vertrag von Lausanne, durch den gewaltsame Bevölkerungstransfers zwischen Griechenland und der Türkei besiegelt worden waren, hatten in Rumänien unter der Regierung von Marschall Ion Antonescu ähnliche bevölkerungspolitische Überlegungen stattgefunden: Das Ziel der Maßnahmen in den Jahren 1940-1944 sei gewesen, die rumänischen Grenzen von vor 1940 wiederherzustellen und Rumänien in einen ethnisch homogenen Staat zu verwandeln. Viorel ACHIMs (Bukarest) These lautete, dass die ethnonationale Strategie des rumänischen Staates, die den Bevölkerungsaustausch mit den Nachbarländern sowie Rückholaktionen, Bevölkerungstransfer und Strategien der Kolonisierung vorsah, nicht nur eine nationale Komponente aufwies, sondern darüber hinaus Einfluss auf die rumänische Außenpolitik ausübte und Implikationen auf Nachbarstaaten wie Jugoslawien und Bulgarien und deren Umgang mit ihren rumänischen Minderheiten hatte. Cathie CARMICHAEL (Norwich) schloss das Panel mit ihrem Vortrag zu Prozessen, die zur bosnisch-herzegowinischen und kroatischen Unabhängigkeit in den 1990ern geführt hatten, ab. Drei Aspekte hob die Vortragende dabei hervor: erstens die konflikthafter Beziehungen zwischen Bosnien und Kroatien in den späten 1940er und 1980er Jahren und das Entstehen der bosnischen bzw. kroatischen „nationalen Frage“ in diesem Kontext; zweitens die Radikalisierung der Serb\_innen und die Wiederkehr der Četnik-Ideologie in den 1990er Jahren und drittens die nationale Frage für die bosnischen Muslime, die laut CARMICHAEL in den 1990er Jahren noch relativ widersprüchlich verhandelt wurde. Vor allem letzterer Aspekt, so die Vortragende, hatte einen essentiellen Einfluss auf den Krieg und auf die internationalen Reaktionen darauf.

Constantin IORDACHI (Jena) griff in der abschließenden Diskussion zentrale Aspekte der Vorträge auf und stellte fest, dass die Vortragenden zwar Bevölkerungspolitiken zu unterschiedlichen Zeitpunkten und mit unterschiedlichen geographischen Schwerpunkten behandelt hatten, jedoch Verbindungslinien durch den internationalen Kontext und die transnationalen Implikationen der Homogenisierungsstrategien verdeutlichen konnten. In diesem Zusammenhang stellte der Vortragende die kritische Frage nach Brüchen und Kontinuitäten im Umgang mit Minderheiten in so genannten Friedenszeiten und lieferte damit anregende Impulse für die abschließende Publikumsdiskussion.

Mit einem Vortrag zu ethnischen Homogenisierungsstrategien im ehemaligen Jugoslawien und der Türkei wurde das dritte Panel mit dem Titel „Postwar Ethnic Engineering“ eröffnet. Thomas SCHAD (Berlin) stellte in vergleichender Perspektive die Umsiedlungspläne der türkischen und jugoslawischen Regierungen in den 1930er Jahren vor, die die Deportation der albanischsprachigen Muslime des heutigen Kosovos und der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien in die Türkei vorgesehen hatten. In den Jahren 1934 bis 1938 waren wesentliche Pläne und Strategien der demographischen Homogenisierung entwickelt worden, lautete Schads These. Obwohl diese Pläne nie in die Realität umgesetzt worden waren, plädierte der Vortragende dafür, einen Blick auf diese Strategien zu werfen. Sie könnten Einblicke in die Versuche der beiden jungen Staaten geben, wie Bevölkerungen vor dem Hintergrund nationaler Narrative geformt werden sollten.

Die Bedeutung von Wechselwirkungen zwischen nationalistischen Diskursen und der Bevölkerungspolitik betonte auch Ulf BRUNNBAUER (Regensburg) in seinem Vortrag. Sein Fokus lag auf Strategien des ehemaligen Jugoslawiens in der Zwischenkriegszeit von 1918 bis 1941. Insbesondere betrachtete er dabei die Bedeutung von Immigration für den Prozess der jugoslawischen Staatsbildung: Indem bestimmte Bevölkerungsgruppen einerseits als „fremd“ definiert worden waren – so die nicht-slawischen Muslime – und andere als „nationale Elemente“, war eine ethnisch differenzierende Bevölkerungspolitik implementiert worden, durch die die Emigration von „unerwünschten“ Bevölkerungsgruppen gefördert und die Auswanderung „erwünschter“ Elemente verhindert werden sollte. Im Zuge dessen war diskursiv eine „jugoslawische Diaspora“ aus Emigrant\_innen gefördert worden. Die Situation der Minderheiten, die von Homogenisierungsstrategien in so genannten Friedenszeiten betroffen waren, stand im Mittelpunkt der beiden letzten Vorträge: Während sich Elisabeth KONTOGIORGI (Athen) mit den Folgen des Balkankrieges und des Ersten Weltkriegs für griechisch-orthodoxe Flüchtlinge im Norden Griechenlands beschäftigte, widmete sich Nada BOŠKOVSKA (Zürich) den Bestrebungen Belgrads, die Integration Mazedoniens und die Assimilation der serbischen Bevölkerung in den frühen 1920er Jahren voranzutreiben. Dabei warfen beide Vortragende nicht nur einen Blick auf technokratische, hegemoniale Diskurse, sondern hoben auch das Potential des Widerstands seitens der ansässigen Bevölkerung und von Flüchtlingen hervor und gingen auf die Wirkung von Homogenisierungsstrategien auf den Alltag ein.

Der zweite Teil des dritten Panels widmete sich den Einflüssen von Krieg, Staatsbildung, „Nationalkommunismus“, internationalen Verträgen und Europäisierung auf nationale Nachkriegshomogenisierungsprozesse. Vladan JOVANOVIĆ (Belgrad) warf einen komparativen Blick auf die Emigration von Muslimen im „Ersten“ und „Zweiten“ Jugoslawien in die Türkei. Er zog Parallelen zwischen den beiden Prozessen, unterstrich aber, dass die Titosche Politik gegenüber den albanischen Muslimen im Gegensatz zur Belgrader Politik im ersten Jugoslawien weniger nationalistisch, sondern vielmehr ideologisch motiviert gewesen sei. Die Migrationspolitik in der Nachkriegsvojvodina war das Thema von Michael PORTMANN (Wien). Er stellte dabei einen Zusammenhang zwischen der Aussiedlung der deutschen und ungarischen Bevölkerung einerseits und der Ansiedlung der jugoslawischen, mehrheitlich serbischen Bevölkerung andererseits her. Carolin LEUTLOFF GRANDITS (Berlin/Graz) legte den Fokus ihres Vortrages hingegen auf

die Frage der Rückkehr von Flüchtlingen in das Postdayton-Bosnien und auf die wichtigsten Faktoren in diesem Prozess. Sie argumentierte, dass die im Vertrag von Dayton festgehaltene Vereinbarung der Eigentumsrestaurierung der Flüchtlinge sich nicht als ausreichend erwies und dass die fehlenden sozialen und ökonomischen Perspektiven sowie das Knüpfen sozialer Rechte an die ethnische Zusammengehörigkeit die Rückkehr der Flüchtlinge, besonders jene der Minderheiten, erschwerte. Dies betrachtete sie zugleich als ausschlaggebenden Faktor dafür, dass viele Menschen das Verbleiben an den Orten, in die sie geflohen waren, der Rückkehr in ihre ehemaligen Häuser vorzogen.

In der Abschlussdiskussion ging Philipp Ther auf die Dichotomie „Täter“ versus „Opfer“ ein. Die Konferenzbeiträge hätten gezeigt, dass die Unterscheidung Täter/Opfer sehr schwer sei, da frühere Opfer später oft zu Tätern geworden wären. Interessant zu untersuchen sei jedenfalls die Schnittstelle, an der Opfer zu Täter wurden und die dafür ausschlaggebenden Faktoren.

Alexander Korb ging in seinem Schlusswort auf jene Aspekte und Fragen ein, die aus seiner Sicht in den Konferenzbeiträgen etwas weniger thematisiert wurden und doch von wichtiger Bedeutung seien: interne Konflikte unter den Planer\_innen oder Befürworter\_innen von Homogenisierungsprogrammen, Auswirkungen der Verfolgung einer ethnischen Gruppe auf andere Gruppen, die Verfolgung von Juden und Jüdinnen, Roma sowie die Stellung der Stadtbevölkerung in Homogenisierungsprojekten. Außerdem merkte Korb an, es sei wichtig, sich vor Augen zu halten, dass die Mehrheit der Umsiedlungspläne aufgrund ihres utopischen Charakters, der hohen Kosten oder organisatorischer Schwierigkeiten nicht umgesetzt worden war und dass ethnische Homogenisierung mehr durch Krieg und Vertreibungen als durch Umsiedlung erfolgte.

Abschließend ist der Verdienst der Konferenz hervorzuheben, zahlreiche Aspekte einer sehr komplexen Thematik aus unterschiedlichen und zum Teil neuen Blickwinkeln sowie in verflechtungsgeschichtlicher Perspektive zu beleuchten. Zu begrüßen ist auch die Idee der Organisation eines „Young Scholars Forum“ im Rahmen der Konferenz, das zum Austausch und zur Vernetzung von Nachwuchswissenschaftlern aus der Region gedacht war und ihnen die Möglichkeit gab, die Promotionsvorhaben vor einem ausgewiesenen Fachpublikum zu präsentieren.